

freiheit

Ausgabe 08-09/18

das österreichische arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmermagazin

Foto: stock.adobe.com



Als **Service**
für Sie: Der Folder
„**Familienbonus
Plus: Fragen und
Antworten**“ zum
Herausschneiden

Familienbonus Plus: € 1.500 pro Kind und Jahr!

12-13

WIEDERWAHL DER LANDESOBLEUTE
IN TIROL UND DER STEIERMARK



Foto: AAB Tirol



Foto: Teresa Rothwangl



UNSER LAND IN GUTER HAND

Fraktion Christlicher
GewerkschafterInnen
in der

**GEWERKSCHAFT
ÖFFENTLICHER
DIENST**



göd.fcg

www.goedfcg.at





Foto: OeAB / Berger

august.woeinger@oeaab.com
 www.facebook.com/August.Woeginger
 Instagram: @gustwoeinger

EDITORIAL

*Liebe Leserin, lieber Leser der **freiheit!***

Am 15. Oktober 2017 hat sich Österreich mit einem klaren Votum für die Veränderung ausgesprochen. Die neue Volkspartei konnte durch Ehrlichkeit, Mut und starken Veränderungswillen überzeugen und als stärkste Kraft durchs Ziel gehen.

Ausgestattet mit diesem großen Vertrauen wird von der Bundesregierung unter der Leitung von Bundeskanzler Sebastian Kurz seit einem Jahr angepackt und hart gearbeitet, um die Veränderung spürbar zu machen. Besonders Österreichs Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren von den gesetzten Maßnahmen.

Neben der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags bringt der Familienbonus Plus eine große finanzielle Entlastung in den Geldbörsen der Österreicherinnen und Österreicher. Diese zwei Maßnahmen sind aber nur der Beginn einer großen Entlastungswelle, die uns in den kommenden Jahren bevorstehen wird.

Das Ziel, Österreich erfolgreich weiterzuentwickeln und wieder an die Spitze zu bringen, rückt mit jeder Maßnahme der Bundesregierung in greifbare Nähe.

Viel Freude beim Lesen dieser Ausgabe!

*Nikola König-Weixelbraun
freiheit-Chefredakteurin*

Bei den derzeit laufenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen gilt es, ein besonderes Augenmerk auf die Arbeitnehmerinnen in Österreich zu legen. Männer verdienen in Österreich nach wie vor 20 Prozent mehr als Frauen – und das bei gleicher Leistung. Das ist inakzeptabel. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit darf nicht nur ein Slogan bleiben, hier müssen endlich wirksame Maßnahmen ergriffen werden.

APPELL AN DIE SOZIALPARTNER: KARENZZEITEN WIE ARBEITSZEITEN BEWERTEN

EIN GASTKOMMENTAR VON BUNDESOBMANN AUGUST WÖGINGER

Wir müssen die strukturellen Probleme in den Gehaltssystemen beseitigen, die eine dauerhafte Benachteiligung der Frauen zur Folge haben. Ein Ansatzpunkt dabei ist die Anrechnung der Karenzzeiten bei Gehaltserhöhungen.

Viele Kollektivverträge enthalten automatische Gehaltsanpassungen. Dadurch bekommen Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer regelmäßig eine Gehaltserhöhung. Urlaub, Krankenstand, Pflegefreistellung oder Präsenzdienst werden dafür angerechnet, jedoch nicht die Abwesenheit bei Elternkarenz.

Das ist ungerecht. Kein Elternteil soll einen Nachteil haben, wenn sie oder er das Recht auf Karenz wahrnimmt und sich für Familie und Kinder entscheidet. Gerade für Frauen, die es meist sind, die die Karenz in Anspruch nehmen, bedeutet die Nichtanrechnung oft eine gehaltsmäßige Schlechterstellung ihr ganzes Berufsleben lang.

In 70 Prozent der größeren Kollektivverträge fehlt eine Anrechnung gänzlich. Lediglich 30 Prozent sehen eine Regelung vor. Jedoch ist dort die Anrechnung nicht einheitlich geregelt. Manche Kollektivverträge sehen eine Anrechnung der Karenzzeiten von acht, zehn bis zu 22 Monaten bereits vor, jedoch noch nicht alle.

Nun sind die Sozialpartner gefordert, in der diesjährigen Herbstlohnrunde in allen Branchen die volle Anrechnung von 24 Monaten umzusetzen. Karenz soll wie Arbeitszeit bewertet werden. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, diese Ungerechtigkeiten in den Kollektivverträgen zu beseitigen! Das ist schon längst überfällig! Wenn dies in den Kollektivverträgen nicht zu regeln ist, so gilt es die Anrechnung von 24 Monaten gesetzlich zu regeln.

Impressum

Herausgeber: Wiener Pressverein **Medieninhaber:** Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Mag. Herbert Kullnig, Rudolf Habeler, Nicole Karlick) **Blattlinie:** Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Sabine Egerer, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvax **Anzeigenverwaltung:** Nicole Karlick, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-351, office@wienerpressverein.com **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz **Herstellung:** NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten; Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.



Foto: Thommy Weiss, pixelio.de

Pädagogik-Paket: Modernes Bildungspaket sicherstellen

Das Ziel der Bundesregierung ist es, unsere Kinder bestmöglich auf die Herausforderungen von morgen vorzubereiten. Dafür braucht es ein Bildungssystem, das Kernkompetenzen vermittelt, individuelle Talente fördert, Defizite ausgleicht und für eine weiterführende Bildung sowie die moderne Berufswelt fit macht. Das Pädagogik-Paket nimmt eine umfassende Modernisierung von Volksschule und Neuer Mittelschule vor.

Optimale Förderung in „leistungshomogenen Gruppen“

„Eltern sollen das Gefühl bekommen, dass ihr Kind optimal in leistungshomogenen Gruppen gefördert wird“, so Bildungsminister Heinz Faßmann bei der Präsentation des Schulpakets der Bundesregierung. Gemeint ist damit, dass es in Mittelschulen künftig wieder Leistungsniveaus geben soll. Geht es nach der Bundesregierung, wird es ab der sechsten Schulstufe in Deutsch, Mathematik und der ersten lebenden Fremdsprache die Leistungsniveaus „Standard“ und „Standard AHS“ geben.

Auch soll die „neue Mittelschule“ ab 2019 nur mehr „Mittelschule“ heißen, und verstärkt auf weiterführende Schulen bzw. auf das Berufsleben vorbereiten.

Wieder fünf statt sieben Noten

Die Notenvergabe soll in der Mittelschule angepasst werden. Die siebenenteilige Notenskala in der Neuen Mittelschule soll abgeschafft und wieder durch das klassische Sys-

tem ersetzt werden. Somit werden Schüler wieder nach dem gewohnten „Sehr Gut“ bis „Nicht Genügend“ beurteilt.

Recht auf Ziffernnoten

Neu ist auch, dass Erziehungsbererechtigte künftig auch bei alternativer Leistungsbeurteilung das Recht auf ein Zeugnis mit Ziffernnoten haben sollen. Verbale Benotung soll weiterhin möglich sein, allerdings nur noch als Ergänzung. Volksschüler sollen außerdem ab der zweiten Schulstufe wieder sitzen bleiben können. Dies war in der Vergangenheit nur ab der 4. Schulstufe möglich.

Freiwilliges 10. Schuljahr

Das Paket bringt auch die Wiedereinführung eines freiwilligen 10. Schuljahres für jene, die die allgemeine Schulpflicht an mittleren/höheren Schulen abgeschlossen haben. Das bringt mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem.

All diese Maßnahmen treten mit dem Schuljahr 2019/2020 in Kraft.

Angekündigt war es lange, nun hat die Regierung die ersten zwei Teilprojekte des „pädagogischen Pakets“ – die Leistungsbeurteilung und Adaptierung des Wiederholens von Schulstufen in der Volksschule und die Weiterentwicklung der (Neuen) Mittelschule – in die Begutachtung geschickt.



Foto: Weibold

Ein Gastkommentar von Paul Kimberger, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und -lehrer

Es bedarf jetzt einer kritischen Analyse, ob die geplanten Maßnahmen für unsere Schulen Schritte in die richtige Richtung darstellen. Zahlreiche Fragen sind (noch) ungeklärt und den „pädagogischen Stresstest“ müssen Ziele und Maßnahmen dieses Pakets erst absolvieren. Eines geht aber aus meiner Sicht tatsächlich in eine richtige Richtung: Der von vielen Schulen geäußerte Wunsch nach autonomen Standortentscheidungen bezüglich Differenzierung und Leistungsbeurteilung wurde erfüllt und kann Lehrerinnen und Lehrer sowohl in ihrer pädagogischen Freiheit als auch in ihrer organisatorischen Flexibilität stärken – wohlgedacht jedoch nur dann, wenn die notwendigen Ressourcen ausreichend und nachhaltig jeder Schule zur Verfügung gestellt werden.

Für den Fall, dass manche wieder glauben, dieses Paket sei ein „Problemlöser für alles“: Nein, für die tagtäglichen pädagogischen, sozialen, religiösen, familiären, sprachlichen, menschlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen wäre ein deutliches Mehr an vorschulischen Maßnahmen, Sprachförderungen, Integrationshilfen, Unterstützungssystemen, Sonderpädagogik sowie die längst überfällige Doppelbesetzung in den ersten beiden Volksschulklassen dringend erforderlich.

Vielleicht gäbe es für unsere Schulen aber doch einen „Problemlöser für vieles“: Schluss mit dieser unsäglichen Dauer-Reformitis!



Foto: stock.adobe.com

Ab 1. Jänner 2019: Der Familienbonus Plus kommt!

Die Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Sebastian Kurz setzt mit dem Familienbonus Plus das größte Entlastungspaket für Familien in der Geschichte der Zweiten Republik um. Und die Handschrift des ÖAAB ist deutlich spürbar. Nicht weniger als 950.000 Familien mit 1,6 Mio. Kindern werden ab 1. Jänner 2019 von einer Steuerlast von bis zu 1,5 Milliarden Euro befreit. Lesen Sie hier, wie Sie persönlich profitieren werden.

Erwerbstätige Eltern leisten einen mehrfachen Beitrag zu unserer Gesellschaft. Sie tragen als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Gesellschaft bei oder schaffen als Unternehmer Arbeitsplätze. Gleichzeitig sichern sie durch Kindererziehung die Zukunft des Landes und tragen wesentlich zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Nun werden diese Menschen mit dem Familienbonus Plus steuerlich entlastet und erhalten die Anerkennung, die sie verdienen.

Am 1. Jänner 2019 tritt das größte Entlastungspaket für Familien in der Geschichte Österreichs in Kraft: Der Familienbonus Plus kommt und mit ihm eine Entlastung von bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr. Mit diesem Absetzbetrag werden bis zu 950.000 Familien in Österreich steuerlich ent-

lastet. Bis zum 18. Geburtstag des Kindes beträgt die Entlastung bis zu 1.500 Euro. Danach steht ein reduzierter Familienbonus Plus in Höhe von 500 Euro jährlich zu, sofern für dieses Kind noch Familienbeihilfe bezogen wird. Geringverdienende Alleinerziehende bzw. Alleinverdienende, die keine oder eine geringe Steuer bezahlen, erhalten künftig einen sogenannten Kindermehrbetrag in Höhe von max. 250 Euro pro Kind und Jahr.

Der Familienbonus Plus ersetzt die steuerliche Abzugsfähigkeit der Kinderbetreuungskosten und den derzeitigen Kinderfreibetrag. Sie benötigen nun grundsätzlich keine Kostennachweise mehr. Außerdem kann der Familienbonus Plus unter den Elternteilen aufgeteilt und damit optimal ausgenutzt werden. Damit

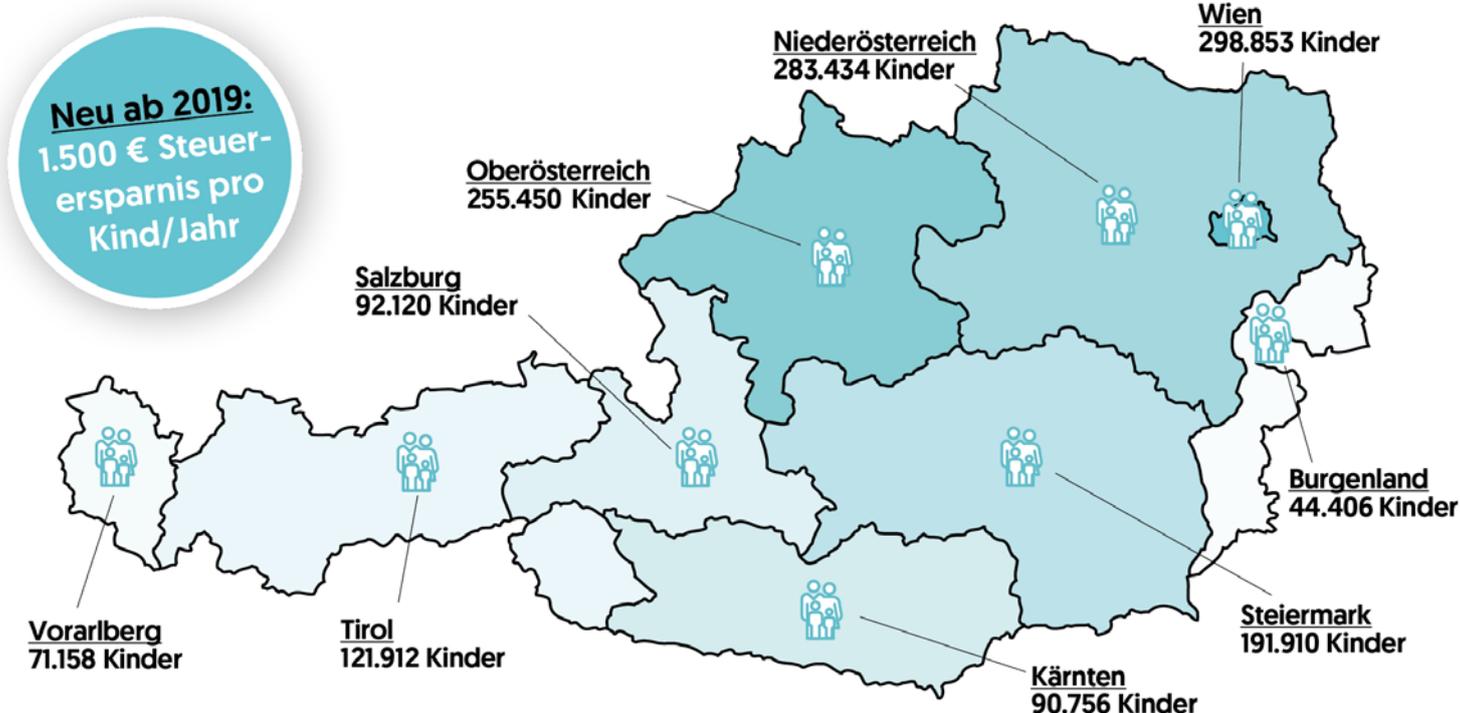
wird im Grunde das Nettoeinkommen von Familien erhöht.

Ab welchem Einkommen wirkt der Familienbonus Plus?

Der Familienbonus Plus wirkt ab dem ersten Steuereuro! Voll ausgeschöpft kann er bereits ab einem monatlichen Nettoeinkommen von ca. 1.350 (bei einem Kind) werden!

Wie kann der Familienbonus Plus unter (Ehe-)Partnern aufgeteilt werden?

Bei (Ehe-)Partnern kann der Familienbonus aufgeteilt werden. Das heißt eine Person kann entweder den vollen Familienbonus in Höhe von 1.500 Euro (bzw. 500 Euro) für das jeweilige Kind beziehen oder der Betrag wird stattdessen zwischen den (Ehe-)Partnern aufgeteilt (750/750 bzw. 250/250).



Da der Familienbonus Plus für jedes Kind insgesamt nur einmal zur Gänze berücksichtigt werden kann, kommt es zu einer Aufteilung 750/750 (bzw. 250/250), wenn er von beiden Teilen in einem insgesamt zu hohen Ausmaß beansprucht wird.

Wie wird der Familienbonus Plus bei getrennt lebenden Eltern aufgeteilt?

Der Familienbonus Plus steht auch für Kinder von getrennt lebenden Eltern zu. In diesem Fall können ihn die/der Familienbeihilfeberechtigte und die Person, die für das Kind Unterhalt zahlt, in Anspruch nehmen. Auch hier kann er aufgeteilt werden.

Das heißt, eine der beiden Personen kann entweder den vollen Familienbonus in Höhe von 1.500 Euro (bzw. 500 Euro) für das jeweilige Kind beziehen oder der Betrag wird stattdessen zwischen Familienbeihilfenbezieher und Unterhaltszahler aufgeteilt (750/750 bzw. 250/250).

Zahlt der getrennt lebende unterhaltsverpflichtete Elternteil keinen Unterhalt, steht diesem auch kein Familienbonus Plus zu. Der andere Elternteil erhält in diesem Fall den vollen Bonus in der Höhe von 1.500 Euro.

Wie können Sie den Familienbonus Plus in Anspruch nehmen?

Dies kann wahlweise über die Lohnverrechnung 2019 (also durch den Arbeitgeber) oder die Steuererklärung bzw. Arbeitnehmerveranlagung 2019 mit Auszahlung 2020 passieren.

Wenn Sie sich für die Berücksichtigung des Familienbonus Plus über die Lohnverrechnung entscheiden, müssen Sie dies beim Arbeitgeber beantragen. Dazu füllen Sie bitte frühestens ab Dezember 2018 das Formular E 30 aus und geben dieses beim Arbeitgeber ab. Das aktuelle Formular steht Ihnen dann auf der Webseite des Bundesministeriums

für Finanzen bzw. in den Finanzämtern zur Verfügung.

Im anderen Fall können Sie den Familienbonus Plus in Ihrer Steuererklärung bzw. Arbeitnehmerveranlagung mittels Beilage L1k beantragen – erstmals im Jahr 2020 für das Jahr 2019.

Wo können Sie Ihre persönliche Steuerentlastung berechnen?

Unter www.familienbonusplus.at können Sie Ihren persönlichen Familienbonus Plus bzw. den Kindermehrbetrag berechnen, und Ihre jährliche Steuerersparnis sehen.

Weitere Details entnehmen Sie bitte unserem aktuellen Folder „Familienbonus Plus: Fragen und Antworten“ auf den Seiten 7 und 8!



Foto: shutterstock

Familienbonus Plus:

Fragen und Antworten

- » Größte steuerliche Entlastung für Familien aller Zeiten!
- » Mit dem Familienbonus sinkt die Steuerlast pro Kind um bis zu 1.500 Euro im Jahr.
- » 950.000 Familien mit 1,6 Millionen Kindern werden massiv entlastet!
- » Langjährige ÖAAB-Forderung nach mehr steuerlicher Gerechtigkeit für Familien umgesetzt!

Familienbonus Plus – Entlastung pro Jahr

Nettoehalt pro Monat	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder
1.250 €	1.136 € <small>Zahlt keine Lohnsteuer mehr</small>	1.136 € <small>Zahlt keine Lohnsteuer mehr</small>	1.136 € <small>Zahlt keine Lohnsteuer mehr</small>
1.350 €	1.500 € <small>Zahlt keine Lohnsteuer mehr</small>	1.536 € <small>Zahlt keine Lohnsteuer mehr</small>	1.536 € <small>Zahlt keine Lohnsteuer mehr</small>
1.500 €	1.500 €	2.374 € <small>Zahlt keine Lohnsteuer mehr</small>	2.374 € <small>Zahlt keine Lohnsteuer mehr</small>
1.650 €	1.500 €	3.000 €	3.343 € <small>Zahlt keine Lohnsteuer mehr</small>
1.750 €	1.500 €	3.000 €	3.988 € <small>Zahlt keine Lohnsteuer mehr</small>
1.850 € und mehr	1.500 €	3.000 €	4.500 €
Alleinerziehende und Alleinverdienende erhalten mindestens:			
unabhängig vom Einkommen	250 €	500 €	750 €

Quelle: ÖVP

Wie viel bekommen geringverdienende Eltern? Wie viel bekommen nicht steuerzahlende Eltern?



Bei geringverdienenden Steuerzahlern entfällt die Steuerlast komplett, wenn diese niedriger ist als der Familienbonus Plus. Alle Alleinerziehenden und Alleinerziehende und Alleinverdienenden und Alleinverdiener werden aber künftig eine Mindestentlastung von 250 Euro pro Kind und Jahr erhalten. Wird mindestens elf Monate (330 Tage) Arbeitslosengeld/Mindestsicherung oder eine Leistung aus der Grundversorgung bezogen, steht dieser Kindermehrbetrag nicht zu.

Steht auch für Kinder im Ausland der Familienbonus Plus zu?



Für Kinder im EU/EWR-Raum bzw. der Schweiz wird der Familienbonus Plus indiziert (erhöht oder vermindert) und damit an das Preisniveau des Wohnsitzstaates angepasst. Für Kinder außerhalb des EU/EWR-Raums kann kein Familienbonus beansprucht werden.

Wo kann man die persönliche Steuerentlastung berechnen?



Unter www.familienbonusplus.at können Sie Ihren persönlichen Familienbonus Plus bzw. den Kindermehrbetrag berechnen, und Ihre jährliche Steuerersparnis sehen.



Familienbonus Plus:

Fragen und Antworten



Was ist der Familienbonus Plus und in welcher Höhe steht er zu?

Der Familienbonus Plus ist ein Steuerabsetzbetrag und reduziert die Steuerlast um bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr. Nach dem 18. Geburtstag des Kindes steht ein reduzierter Familienbonus Plus in Höhe von 500 Euro jährlich zu, sofern für dieses Kind noch Familienbeihilfe bezogen wird (d.h. max. bis zum vollendeten 25. Lebensjahr).

Ab 2019 ersetzt der Familienbonus Plus die steuerliche Abzugsfähigkeit der Kinderbetreuungskosten und den derzeitigen Kinderfreibetrag. Man benötigt nun grundsätzlich keine Kostennachweise mehr, außerdem kann der Familienbonus Plus unter den Eltern aufgeteilt und damit optimal ausgenutzt werden.



Ab welchem Einkommen wirkt der Familienbonus Plus?

Der Familienbonus Plus wirkt schon ab dem ersten Steuereuro. Voll ausgeschöpft kann dieser dann ab einem monatlichen Nettoeinkommen von ca. 1.350 Euro (bei einem Kind) werden. Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher und Alleinverdienerinnen und Alleinverdiener werden aber künftig eine Mindestentlastung von 250 Euro – den sogenannten Kindermehrbetrag – pro Kind und Jahr erhalten.



Wie kann man den Familienbonus Plus in Anspruch nehmen?

- » Über die Lohnverrechnung: Antrag beim Arbeitgeber frühestens ab Dezember 2018 mithilfe des Formulars E30 (zu finden unter www.bmf.gv.at bzw. in den Finanzämtern)
- » Über die Steuererklärung bzw. Arbeitnehmeranlagung: Mittels Formular L1 und Beilage L1k im Zuge der Veranlagung, erstmals im Jahr 2020 für das Jahr 2019.



Foto: shutterstock



Wie kann der Familienbonus Plus unter (Ehe-)Partnern aufgeteilt werden?

Zwischen (Ehe-)Partnern kann der Familienbonus Plus aufgeteilt werden. Zwei Möglichkeiten stehen zur Verfügung: Als Elternteil kann man entweder den vollen Familienbonus Plus in Höhe von 1.500 Euro für das Kind beziehen oder der Betrag wird zwischen den (Ehe-)Partnern zu gleichen Teilen vergeben, also jeweils 750 Euro.

Bei dem reduzierten Familienbonus Plus in der Höhe von 500 Euro pro Jahr bei einem Kind über 18 Jahren ist für die Eltern eine Aufteilung von jeweils 250 Euro vorgesehen, sofern für dieses Kind noch Familienbeihilfe bezogen wird (d.h. max. bis zum vollendeten 25. Lebensjahr).

Beigetrennt lebenden Partnern kann eine Aufteilung 1.500 Euro/0 Euro oder 750 Euro/750 Euro berücksichtigt werden. Einigen sich die Eltern nicht auf eine Aufteilung, so erhalten beide die Hälfte, daher 750 Euro.



Was passiert, wenn bei getrennt lebenden Eltern der unterhaltsverpflichtete Partner keinen Unterhalt zahlt?

Ein Unterhaltsverpflichteter kann den Familienbonus Plus nur für die Anzahl der Monate beanspruchen, für die er den Unterhalt voll zahlt und ihm ein Unterhaltsabsetzbetrag zusteht.

Wird der Unterhalt während des Jahres zur Gänze bezahlt, steht auch der Familienbonus Plus zur Gänze zu. Wird der Unterhalt während des Jahres aber nicht zur Gänze bezahlt, steht er dem Unterhaltszahler nur in vermindertem Ausmaß zu.

Wird gar kein Unterhalt bezahlt, steht dem Unterhaltszahler auch kein Familienbonus Plus zu. Der andere Partner kann in diesem Fall den vollen Bonus in Höhe von 1.500 Euro (bzw. 500 Euro) beanspruchen.



**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP



Demner, Meißner & Bergmann

LEBE DAS LEBEN

„Ois OK“ von Seiler und Speer – jetzt auf LebeDasLeben.com

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN



Foto: Neue Volkspartei

Der Generalsekretär der neuen Volkspartei Karl Nehammer im *freiheit*-Interview:

„Wir sparen im System, nicht bei den Menschen!“

Vor einem Jahr ist die neue Volkspartei als klarer Gewinner aus der Nationalratswahl gegangen. Welche Veränderungen es seit damals gegeben hat und in welche Richtung die neue Volkspartei in den kommenden Jahren gehen wird, darüber hat die *freiheit* mit Karl Nehammer gesprochen.

freiheit: Die neue Volkspartei ist mit dem Versprechen in die Wahl gegangen, eine echte Veränderung im Land zu bewirken. Was genau hat sich seit Regierungsantritt verändert?

Karl Nehammer: Die Bilanz des ersten Jahres in Regierungsverantwortung zeigt sehr deutlich, dass es der Koalition wirklich ein Anliegen ist, für die Menschen in diesem Land zu arbeiten. Familienbonus, Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags für niedrige Einkommen, Pensionsbonus – dabei handelt es sich nur um einige wenige Maßnahmen, die die Regierung seit Amtsantritt beschlossen hat. Der neuen Volkspartei geht es darum, im System zu sparen und arbeitende Menschen steuerlich zu entlasten. In diesem Zusammenhang hat es die Regierung auch geschafft, ein Budget zu erarbeiten, das zum ersten Mal seit Jahrzehnten ein Nulldefizit vorsieht. Das heißt, der Staat gibt weniger aus, als er einnimmt. Jetzt werden die großen Reformen für echte Veränderung im Land angepackt – wie etwa die Sozialversicherungsreform, die Neuregelung der Mindestsicherung oder eine klare Kompetenzverteilung.

freiheit: Stichwort Entlastung: Mit dem Familienbonus zielt die Regierung auf eine Entlastung von Familien ab. Worum geht es bei dieser Reform genau?

Nehammer: Der Familienbonus ist das beste Beispiel, dass es der Regierung um eine ehrliche Entlastung für Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in diesem Land geht. Menschen, die arbeiten und ins System einzahlen, sollen wieder mehr dafür bekommen. Unsere Familien leisten einen doppelten Beitrag. Mit dem Familienbonus hat die Regierung einen noch nie dagewesenen familienpolitischen Meilenstein gelegt, der einen Steuerbonus von 1.500 Euro pro Kind und Jahr vorsieht. Davon werden 950.000 Familien österreichweit profitieren.

freiheit: Eine Frage: Die Regierung hat also in den ersten Monaten bereits große Reformen und Entlastungen umgesetzt. Kannst du einen Ausblick auf die nächsten Reformen geben?

Nehammer: Auch bei den kommenden Reformen geht es um Entlastung und eine Verschlinkung des alten Systems. Dadurch, dass die bisher 21 Sozialversicherungsträger auf fünf zusammenge-

legt werden, wird eine Milliarde bis Ende 2023 in der Verwaltung eingespart, die wiederum in eine bessere Versorgungsqualität fließt. Davon profitieren die Patienten, weil die Einsparungen direkt in den Kampf gegen die Zwei-Klassen-Medizin investiert werden. Zudem hat sich die Koalition darauf verständigt, eine Kompetenzbereinigung zwischen Bund und Ländern durchzuführen, um Doppelgleisigkeiten und unnötigen Verwaltungsaufwand zu beseitigen.

freiheit: Was kann man sich unter dem Schlagwort „Kompetenzbereinigung“ vorstellen?

Nehammer: Es geht darum, dass klar definiert wird, welche Arbeitsbereiche in den Kompetenzbereich des Bundes fallen und welche in den der Länder. Es verursacht unnötige Kosten und eine aufgeblähte Verwaltung, wenn Aufgabenbereiche nicht klar zugeteilt sind. Im Zuge der geplanten Kompetenzbereinigung sorgen wir dafür, dass künftig undurchschaubare Mischkompetenzen und gegenseitige Blockademöglichkeiten zwischen Bund und Ländern abgeschafft werden.

freiheit: Migration ist derzeit ein großes Thema in der Gesellschaft. Vor Kurzem hast du die Aufgabe des Migrations- und Integrationsprechers der Volkspartei übernommen. Wie wirst du diese neue Funktion anlegen und was sind deiner Meinung nach die größten Herausforderungen?

Nehammer: Migration und Integration sind zentrale Themen unserer Zeit mit sehr vielen Herausforderungen. Mein Zugang zu dem Thema ist auch klar: Fördern und Fordern. Wer bereit ist, sich zu integrieren, zu arbeiten und auch einen Beitrag in unserer Gesellschaft zu leisten, wird von uns dabei unterstützt. Wer nicht bereit ist, unser Wertefundament und unsere Gemeinschaft zu akzeptieren, kann sich nicht auf die Solidarität unserer Gesellschaft verlassen. Integration durch Leistung bleibt unser zentrales Leitbild.

Deutsch ist der Schlüssel zur Integration – sowohl im Schulbetrieb als auch am Arbeitsmarkt. Die neuen Deutschförderklassen sind hier ein wichtiger Meilenstein. Dadurch werden wir sicherstellen, dass künftig alle Schulkinder der Unterrichtssprache Deutsch folgen können.

Erfolgreiche Integration hängt auch von der Zahl der zu Integrierenden ab. Deshalb ist es so wichtig, dass die illegale Migration gestoppt wird und unsere Außengrenzen endlich effektiv geschützt werden – und nicht die Schlepper, sondern wir entscheiden, wer zu uns

kommt. Denn Integrationspolitik kann eine falsche Einwanderungspolitik nicht reparieren

freiheit: Stichwort Deutschförderklassen: Welche Vorteile schöpfen Kinder mit Migrationshintergrund daraus?

Nehammer: Bei den Deutschförderklassen handelt es sich um eine wichtige integrationspolitische Maßnahme, denn besonders bei Kindern mit Migrationshintergrund sind Sprachdefizite oft ein Hindernis für den weiteren Lebensweg. Wenn beim Schuleinstieg keine oder nur sehr eingeschränkte Deutschkenntnisse festgestellt werden, werden die Deutschkenntnisse dieser



Foto: Neue Volkspartei

Kinder jetzt in eigenen Deutschförderklassen besonders gefördert. Nach einem Semester wird das Sprachniveau erneut getestet, um zu sehen, ob weiterhin Förderbedarf besteht oder ob der Übergang in den regulären Unterricht erfolgen kann. Die Kinder lernen jetzt rasch und intensiv Deutsch, um dem Unterricht möglichst schnell folgen zu können.

freiheit: Die Bundesregierung plant eine deutliche Ausweitung des Verbots der Verwendung von extremistischen Symbolen. Was kann man sich darunter vorstellen?

Nehammer: Unsere freie und liberale Demokratie ist ein hohes Gut, das wir unbedingt schützen wollen. Organisationen, die unsere Grundwerte nicht akzeptieren oder offen bekämpfen, haben in unserem Land keinen Platz – auch ihre Symbole nicht. Deshalb hat die Bundesregierung beschlossen, die bestehende Liste der verbotenen Symbole auszuweiten, damit nicht nur Symbole der Terrorgruppen Islamischer Staat (IS) und der Al-Qaida, sondern auch jene der Muslimbruderschaft, der rechts-extremen türkisch-nationalistischen „Grauen Wölfe“, der islamistischen Hamas, der separatistisch-marxistischen kurdischen PKK oder der kroatischen faschistischen Ustascha-Bewegung davon umfasst sind. Diese Symbole widersprechen unseren demokratischen Grundwerten. Deshalb ist die Ausweitung ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Radikalisierung und den politischen Islam.



Foto: Neue Volkspartei

FREIHEIT | ZUR PERSON

Karl Nehammer wurde am 18. Oktober 1972 in Wien geboren. Nach der Zeit als Berufssoldat engagierte sich Nehammer als Lehrtrainer für Informationsoffiziere für das BMLV und als Trainer für strategische Kommunikation für verschiedene Bildungseinrichtungen und in der Privatwirtschaft. Schon während der Gymnasiumszeit war er im Einsatz als freiwilliger Wahlhelfer für die ÖVP. Der Antritt als Abteilungsleiter für

Freiwilligen-Mobilisierung und Service in der ÖVP bildete den Grundstein für seine politische Laufbahn. In weiterer Folge kam die Berufung zum Bereichsleiter in die Kaderschmiede der Politischen Akademie. Ab 2009 war Nehammer Geschäftsführer der Akademie 2.1 und ab 2013 als Kommunalreferent in der VPNO tätig. Im Oktober 2015 wurde er zum Generalsekretär-Stellvertreter und Bundesorganisationsreferenten des

ÖAAB bestellt. Von 2016 bis Jänner 2018 war er ÖAAB-Generalsekretär. Im November 2016 wurde er zum Landesobmann des ÖAAB Wien gewählt, seit April 2017 ist er Bezirksparteiobmann in Wien-Hietzing. Seit der Nationalratswahl 2017 ist er Abgeordneter zum Nationalrat und seit 25. Jänner 2018 ist Nehammer Generalsekretär der neuen Volkspartei.



Landeshauptmann Günther Platter, AK-Präsident Erwin Zangerl, StS Karoline Edtstadler und ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits gratulierten AAB-Landesobfrau Beate Palfrader und ihrem Team zur Wiederwahl. V.l.n.r.: LA Florian Riedl, AK Vizepräs. Verena Steinlechner-Graziadei, GR Andreas Wanker, LH Günther Platter, LO Beate Palfrader, StS Karoline Edtstadler, AK-Präs. Erwin Zangerl, BR Elisabeth Mattersberger, LA Dominik Mainusch und ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits

Foto: AAB Tirol/Slaven Tomas

Beate Palfrader bleibt an der Spitze des AAB Tirol

Im Rahmen des 21. ordentlichen Landestages des AAB Tirol wurde Ende September Beate Palfrader mit 94,4 Prozent der Delegiertenstimmen zur Landesobfrau wiedergewählt. Ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter Dominik Mainusch, Elisabeth Mattersberger, Florian Riedl, Verena Steinlechner-Graziadei und Andreas Wanker wurden ebenso mit großen Mehrheiten gewählt.

Beim Landestag des AAB Tirol wurde am 28. September in der Thöni Sky Lounge in Telfs Landesrätin Beate Palfrader mit 94,4 Prozent der Delegiertenstimmen im Arbeitnehmerflügel der Tiroler Volkspartei als Landesobfrau wiedergewählt. Zahlreiche Ehrengäste rund um Landeshauptmann Günther Platter ließen es sich nicht nehmen, persönlich in Telfs mit dabei zu sein. Neben AK-Präsident Erwin Zangerl und ÖAAB-Generalsekretär NR Christoph Zarits konnte AAB-Landesobfrau Beate Palfrader mit Staatssekretärin Karoline Edtstadler auch eine Vertreterin der österreichischen Bundesregierung begrüßen.

Palfraders Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind: LABg. Dominik Mainusch, Bundesrätin Elisabeth Mattersberger, LABg. Florian Riedl, AK-Vizepräsidentin Verena Steinlechner-Graziadei und GR Andreas Wanker.

Keine Belastungen für Tirols Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

In ihrer Rede betonte die wiedergewählte Landesobfrau des AAB Tirol, dass ihr wichtigstes Anliegen in den nächsten Jahren sei, weitere finanzielle Belastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzuwehren. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehe in diesem Sinn auch, leistbaren Wohnraum zu schaffen. Palfrader: „Inzwischen

wurden die ersten Weichen gestellt und unter anderem ein einheitliches Mietunterstützungsmodell geschaffen, um die soziale Treffsicherheit zu erhöhen. Weiters wird gerade intensiv an einem weiteren Wohnbaupaket in der Höhe von 17 Millionen Euro bis zum Jahresende gearbeitet, um Wohnen leistbarer zu machen.“

Landeshauptmann Günther Platter war einer der ersten Gratulanten: „Dieses eindeutige Ergebnis ist für dich, liebe Beate, ein starker Vertrauensbeweis und zugleich ein klarer Auftrag, auch in Zukunft mit voller Kraft für die Anliegen der Tiroler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzutreten.“



Landesobmann Christopher Drexler mit dem Landesvorstand des Steirischen ÖAAB (v.l.n.r.): ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger, Finanz-Ref. Josef Schrammel, LV-Mitglied Agnes Totter, LO-Stv. Dieter Schwarz, LO-Stv. Barbara Riener, Landesobmann Christopher Drexler, LO-Stv. Elisabeth Meixner, LV-Mitglied Michael Tripolt, LO-Stv. Werner Amon und LO-Stv. Günther Lippitsch

Christopher Drexler mit 99,3 Prozent ein-drucksvoll als Landesobmann bestätigt!

Beim 23. ordentlichen Landestag des Steirischen ÖAAB wurde Ende Oktober Christopher Drexler mit 99,3 Prozent erneut zum Landesobmann gewählt. Seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter Werner Amon, Beatrix Karl, Günther Lippitsch, Elisabeth Meixner, Barbara Riener, Dieter Schwarz wurden ebenso mit großen Mehrheiten gewählt.

Beim 23. Ordentlichen Landestag des Steirischen ÖAAB in den Kammersälen der Steirischen Arbeiterkammer wurde Landesobmann LR Christopher Drexler eindrucksvoll im Amt bestätigt. Die rund 280 Delegierten schenken ihm mit 99,3 Prozent für weitere fünf Jahre das Vertrauen an der Spitze der steirischen VP-Arbeitnehmerbewegung.

Zu seinen Stellvertreterinnen und Stellvertretern wurden Abg.z.NR Werner Amon, die Vizerektorin der Pädagogischen Hochschule Beatrix Karl, der Obmann der Landespersonalvertretung Günther Lippitsch, Bildungsdirektorin und Landesobfrau des steirischen Lehrerbundes Elisabeth Meixner, die Landtagsabgeordnete und Klubobmann-Stellvertreterin Barbara Riener sowie

Dieter Schwarz, beschäftigt bei der Energie Steiermark, gewählt.

Digitalisierung als Chance begreifen

Unter dem Motto „Arbeit 4.0 – Innovation, Tradition, Steirisch“ wurden die rasanten Veränderungen und Entwicklungen, die am Arbeitsmarkt Platz greifen, beleuchtet. In seiner Rede betonte Drexler, dass der Steirische ÖAAB diesen Veränderungen offen und positiv begegnen will: „Anstatt sich in Ängsten und Befürchtungen zu verlieren und diese noch weiter zu befeuern, wird der Steirische ÖAAB auch in Zukunft die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt stellen. Ich glaube an die Chancen der Digitalisierung. In der Steiermark gab es im Jahr 1947 281.000 unselbstständig Beschäftigte, 1970 330.000,

2000 477.000 und im August 2018 rund 520.000. Wenn ich mir diese Zahlen anschau, dann muss ich sagen, Fortschritt, Forschung und Entwicklung sowie Produktivitätssteigerungen haben immer zu mehr Arbeitsplätzen und Wachstum geführt. Deshalb müssen wir die Digitalisierung als Chance begreifen, um die Steiermark als digitale Musterregion Europas aufzustellen. Es ist auch die Aufgabe des ÖAAB, Ängste zu nehmen und mit jenen in Dialog zu treten, die Befürchtungen haben, in der Arbeitswelt künftig keinen Platz mehr zu haben. Wir dürfen auf diesem Weg niemanden zurücklassen. Denn die Zukunft der Arbeit – die Arbeit 4.0 – braucht Innovation genauso wie das Bewahren wichtiger Tradition. Das ist steirisch und das ist der Weg des Steirischen ÖAAB.“

ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

Othmar Karas

Othmar Karas ist seit 1999 Abgeordneter im Europaparlament (EP) und seit elf Jahren Leiter der ÖVP-Delegation. Das Europaparlament als einzige direkt gewählte EU-Institution ist für den überzeugten Europäer die „Herzkammer der europäischen Demokratie“. Dort ist Karas als einer der Architekten der Krisenbewältigung der EU über alle Parteigrenzen hinweg anerkannt. Der promovierte Politikwissenschaftler ist auch Präsident des „Hilfswerk Österreich“, das Menschen, Familien und soziale Netzwerke bei der Bewältigung der Herausforderungen des Lebens in den Bereichen Gesundheit, Familie und Soziales unterstützt.

freiheit: Othmar Karas, Sie sind gebürtiger Niederösterreicher. Welcher ist Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?

Ich kann unmöglich nur einen Lieblingsort nennen: Einer davon ist ohne Zweifel

und dann als Schulsprecher den Grundstein für meine politische Tätigkeit gelegt habe. Und ein Lieblingsort ist auch der Attersee, wo ich gerne meine Freizeit verbringe, mich entspanne und erhole.

freiheit: Haben Sie für unsere Leserinnen und Leser einen „Insider-Tipp“ für einen dieser Orte?

Ganz in der Nähe von Ybbs gibt es das Schiffsmeisterhaus. Dort kann man in entspannter Atmosphäre im Garten eines historischen Gebäudes erstklassige Gastronomie genießen. Es liegt direkt am Treppelweg entlang der Donau, seit uralter Zeit war dort ein wichtiger Handelsknotenpunkt.

freiheit: Als Abgeordneter zum Europäischen Parlament sind Sie sicher sehr viel unterwegs – welcher ist denn Ihr Lieblingsort außerhalb Österreichs und warum?

Mein europäischer Lieblingsort liegt zum Teil in Österreich, zum Teil in Ungarn: Es handelt sich um die Grenze zwischen beiden Ländern, konkret zwischen Sankt Margarethen im Burgenland und der ungarischen Stadt Sopron – dort, wo die Außenminister von Österreich und Ungarn, Alois Mock und Gyula Horn, am 27. Juli 1989 den Grenzzaun durchschnitten haben. Das ist der symbolische Ort der Überwindung der Zerteilung Europas in Ost und West.



Foto: privat

Im Urlaub entspannt Othmar Karas gerne am Attersee.

Ybbs an der Donau, dort habe ich meine Kindheit und Jugend verbracht, dort bin ich daheim. Es ist für mich ein Ort voller Erinnerungen und Bilder in meinem Herzen. Ein weiterer Lieblingsort ist Scheibbs, wo ich in die Schule gegangen bin und erst als Klassensprecher



Foto: privat

Othmar Karas mit Alois Mock im Dezember 2007 an der österreichisch-ungarischen Grenze anlässlich der Verschiebung der Schengen-Außengrenze.

FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

Der Ordnungsruf

Für viele Menschen wirkt der Umgangston in den parlamentarischen Debatten oftmals rau und abschreckend. Mit dem Instrument des Ordnungsrufes können die Präsidentinnen bzw. Präsidenten des Nationalrates und auch des Bundesrates versuchen, das Niveau der Debatten zu regulieren. Der „Ruf zur Ordnung“ ist in der Geschäftsordnung des Nationalrats in Paragraf 102 geregelt. Dort heißt es wörtlich:

„Wenn jemand, der zur Teilnahme an

den Verhandlungen des Nationalrates berechtigt ist, den Anstand oder die Würde des Nationalrates verletzt, beleidigende Äußerungen gebraucht, Anordnungen des Präsidenten nicht Folge leistet oder gegen Geheimhaltungsverpflichtungen aufgrund des Informationsordnungsgesetzes verstößt, spricht der Präsident die Missbilligung darüber durch den ‚Ruf zur Ordnung‘ aus. Der Präsident kann in einem solchen Falle einen Redner unterbrechen oder ihm das Wort auch

völlig entziehen. Wurde einem Abgeordneten ein Ordnungsruf in kurzer Aufeinanderfolge zum wiederholten Mal erteilt, kann der Präsident zugleich verfügen, dass Wortmeldungen desselben für den Rest der Sitzung nicht entgegengenommen werden.“

In der parlamentarischen Praxis liegt es im Ermessen der bzw. des jeweiligen Vorsitzführenden, die bzw. der die „Würde des Hauses“ zu wahren hat, einen Ordnungsruf zu erteilen.

Viel Neues bei den ÖVP-Bundesräten

Viel getan hat sich auf personeller Ebene in den Reihen der ÖVP-Bundesräte. Das Wichtigste zuerst: Edgar Mayer, 14 Jahre lang ÖVP-Bundesrat aus dem „Ländle“, zweimaliger Bundesratspräsident und ab 2013 Fraktionsvorsitzender der ÖVP-Bundesräte, hat mit Ende September sein Mandat zurückgelegt, um sich in den (Un-)Ruhestand zu begeben. Für seine langjährige Tätigkeit in der Länderkammer hat Edgar Mayer das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern verliehen bekommen. In der Klubsitzung des ÖVP-Parlamentsklubs wurde Mayer, der auch stellvertretender Klubobmann war, mit viel Applaus verabschiedet.

Zu Mayers Nachfolger an der Fraktionsspitze wurde der niederösterreichische Bundesrat Karl Bader gewählt, der diese Funktion nun ab 1. Oktober 2018 übernommen hat. Karl Bader ist Jahrgang 1960, stammt aus Lilienfeld und ist ausgebildeter Hauptschullehrer. Er ist im April 2018 nach einer Unterbrechung wieder in die Länderkammer eingezogen. Bader hatte nämlich schon von 2003 bis 2008 ein Bundesratsmandat inne. Vor seinem Wiedereinzug war er zuletzt Abgeordneter zum NÖ Landtag und dort auch Klubobmann-Stellvertreter.

Karl Bader übernimmt eine Fraktion, in der – und das ist eine Premiere in der Geschichte der ÖVP-Bundesräte



Der niederösterreichische Bundesrat Karl Bader ist seit 1. Oktober Fraktionsvorsitzender in der Länderkammer.



Die drei neuen Bundesräte: Elisabeth Mattersberger (Tirol), Anton Froschauer (OÖ) und Martina Ess (Vorarlberg)

– zehn von 22 Bundesräten und damit fast 50 Prozent weiblich sind. „Dieser hohe Frauenanteil macht mich froh und stolz – daran können sich andere Fraktionen ein Beispiel nehmen“, freut sich Bader. So hat etwa das Bundesratsmandat Edgar Mayers die 38-jährige Kommunikationsberaterin Martina Ess übernommen.



Nach 14 Jahren verlässt Edgar Mayer den Bundesrat, um sich in den (Un-)Ruhestand zu begeben.

Edgar Mayer war auch einige Jahre prägender Vorsitzender des EU-Ausschusses des Bundesrates. Ein wichtiges Kontrollgremium, das durch den Einsatz Mayers viel Einfluss und Bedeutung errungen hat und im internationalen Vergleich eine Vorreiterrolle einnimmt. Der Bundesrat gehört mittlerweile EU-weit zu den führenden Parlamentskammern, was die Subsidiaritätsprüfung betrifft. Nach May-

ers Rückzug hat nun der steirische ÖVP-Bundesrat Christian Buchmann diese Funktion übernommen.

Auf Tiroler Ebene ist Elisabeth Pfurtscheller wieder in den Nationalrat eingezogen, ihr Bundesratsmandat bekleidet nun die Osttirolerin Elisabeth Mattersberger. Mattersberger ist ÖAAB-Politikerin und Vizebürgermeisterin der Marktgemeinde Matrei in Osttirol. In Oberösterreich hat der Bürgermeister der Stadtgemeinde Perg, Anton Froschauer, das Mandat des bisherigen ÖVP-Bundesrates Peter Oberlehner übernommen.

Aus dem Bundesrat verabschiedet hat sich auch der Steirer Gregor Hammerl. Hammerl war seit Oktober 2010 und damit genau acht Jahre lang Bundesrat und in der ersten Jahreshälfte 2012 auch Präsident der Länderkammer. Der gebürtige Grazer – ein „Sir“ in der ÖVP-Bundesratsfraktion – war auch für sein Engagement als Obmann des Seniorenbundes und Präsident des Hilfswerks Steiermark geschätzt. Sein Mandat übernimmt der Bürgermeister von St. Marein-Feistritz, Bruno Aschenbrenner.



Klubobmann August Wöginger (li.) und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (re.) appellierten im Rahmen der Festsitzung an alle Politikerinnen und Politiker, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um das Erbe von 1918 nicht nur zu verwalten, sondern auch Neues hinzuzufügen.

Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Splitter aus dem Parlament

Gedenken an die ersten Schritte zur Republikgründung 1918

208 Abgeordnete des österreichischen Reichsrats trafen am 21. Oktober 1918 um 17.00 Uhr im Niederösterreichischen Landhaus in der Wiener Herrengasse zusammen. In einer schweren Zeit riefen sie die provisorische Nationalversammlung ein. Ein historischer Moment! 100 Jahre später, also am 21. Oktober 2018, wurde am gleichen Ort eine Festsitzung von National- und Bundesrat unter dem Titel „Tage der Entscheidung. Die Gründung der Republik 1918“ abgehalten.

Der 21. Oktober vor 100 Jahren sei der „Auslöser zur Ausrufung der Republik“ gewesen und „markiert zugleich auch den Beginn einer Selbstfindung Österreichs als eigenständige Nation, die bis heute noch andauert“, betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in dieser Festsitzung. Man habe sich zusammengefunden, um den Stellenwert dieser Stunde in Erinnerung zu rufen, um zu reflektieren, was aus diesem Erbe geworden ist und worin die heutigen Herausforderungen liegen. In einem Bogen zur Gegenwart bezeichnete Sobotka das Parlament als jenen Ort, an dem Auseinandersetzung und Diskussion stattfinden.

Bäuerliche Schmankerln beim Erntedankfest

Ein Genuss für Groß und Klein war das Erntedankfest der Jungbauernschaft im Wiener Augarten, das unter dem Motto „Von daheim schmeckt's am besten“ eindrucksvoll aufzeigte, was unsere österreichische Landwirtschaft zu bieten hat. Neben den bäuerlichen Produkten konnten auch besondere



Bundeskanzler Sebastian Kurz mit Musikanten der Blasmusik Schwarzach, darunter auch Familiensprecher Abg. Norbert Sieber (ganz rechts).

Foto: Neue Volkspartei/Ando Glaser

und innovative Schmankerln verkostet werden. Krönender Abschluss war auch heuer wieder der Umzug mit den aufwändig geschmückten Erntewägen.

August Wöginger bei den Parlamentarischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Als Klubobmann nimmt sich August Wöginger auch Zeit für die parla-



V.l.n.r.: Hartmut Hasenhüttl, Roland Grames und Evelyn Pammer mit August Wöginger und Hans Singer.

Foto: ÖVP-Klub

mentarischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Nationalratsabgeordneten. In einem Mitarbeitergespräch hat er sich angehört, wo der Schuh drückt, aber auch, welche neuen Ideen und Anregungen es gibt. Begleitet wurde er dabei von ÖVP-Abg. Hans Singer, dem „Vertrauensabgeordneten“ der Parlamentarischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Fachdialog musische Bildung

Bei einem Fachdialog wurde im ÖVP-Parlamentsklub über die Notwendigkeit und Unterstützung musischer und musikalischer Bildung unserer Kinder und Jugendlichen diskutiert. Ins Leben gerufen wurde die vielbesuchte Veranstaltung von Kultursprecherin Maria Großbauer. Neben Expertinnen und Experten aus dem Kultur- und Bildungsbereich diskutierten mit

Bundesminister Gernot Blümel auch zahlreiche ÖVP-Abgeordnete, die – wie etwa Angelika Kuss-Bergner und Rudolf Taschner – selbst aus dem Bil-



V.l.n.r.: Die Abgeordneten Norbert Sieber, Rudolf Taschner, Maria Großbauer, Claudia Plakolm und Johann Höfinger.

dungsbereich kommen, oder seit vielen Jahren selbst ein Instrument spielen. So ist Claudia Plakolm begeisterte Posaunistin und Familiensprecher Norbert Sieber beherrscht die Trompete.

Karl Nehammer ist neuer Integrations- und Migrationssprecher

Karl Nehammer, ÖVP-Generalsekretär und Klubobmann-Stellvertreter, wurde nach dem Abgang von Efgani



Karl Nehammer ist Integrations- und Migrationssprecher.

Dönmez zum neuen Integrations- und Migrationssprecher der Volkspartei ernannt. „Migration und Integration sind zentrale Themen unserer Zeit. Mein Zugang zu dem Thema ist klar: Fördern und Fordern. Wer bereit ist, sich zu integrieren, zu arbeiten und auch einen Beitrag in unserer Gesellschaft zu leisten, wird von uns dabei unterstützt. Integration durch Leistung bleibt unser zentrales Leitbild“, erklärt Nehammer.

Ökumenischer Gottesdienst

Zum Beginn der herbstlichen Parlamentssitzungen fand ein ökume-



Zahlreiche Abgeordnete feierten den stimmungsvollen ökumenischen Gottesdienst in der Wiener Hofburgkapelle.

nischer Gottesdienst in der Wiener Hofburgkapelle statt. Über 20 Abgeordnete aus allen Fraktionen des Nationalrats waren zur Feier mit dem katholischen Bischof Wilhelm Krautwaschl, dem orthodoxen Metropoliten Arsenios und dem evangelischen Bischof Michael Bünker in die Wiener Hofburgkapelle gekommen.

Baustellenbesichtigung

Die Grundstücksfläche des Parlamentsgebäudes beträgt 20.142 Quadratmeter. Viele Tausende davon werden gerade geputzt und saniert. In



KO August Wöginger konnte sich bei der Baustellenbesichtigung einen ersten Überblick über den Fortschritt der Arbeiten verschaffen.

den vergangenen Wochen wurde das Glasdach über dem Nationalratssitzungssaal Stück für Stück abgetragen. Derzeit werden der Boden und die darunter liegenden Geschoße des Plenarsaales abgebrochen. Bei der

Baustellenbesichtigung konnte sich Klubobmann August Wöginger einen ersten Überblick verschaffen. Auf dem Foto blickt er auf die Baustelle des Nationalratssitzungssaales, wo außer den Mauern nicht mehr viel steht.

Kaiserlogenbehang aus dem Parlament an das Haus der Geschichte verliehen

Ein besonders prunkvolles Stück österreichischer Geschichte übergab Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka der Direktorin des Hauses der Geschichte, Monika Sommer. Der sogenannte Kaiserlogenbehang



Museumsdirektorin Monika Sommer mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

wird ab 10. November als eines der Exponate für die Ausstellung „Aufbruch ins Ungewisse – Österreich seit 1918“ zur Verfügung gestellt. Bei der Übergabe bekräftigte der Nationalratspräsident „die Verpflichtung, Belege der österreichischen Geschichte zu erhalten, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und damit Geschichte lebendig zu gestalten“.

Ein aufmerksamer Parlamentsmitarbeiter hatte bei der Kellerräumung des Parlaments im Zuge der Übersiedlung 2017 ein mit Packpapier umwickeltes Paket gefunden, aus dem vorerst lediglich eine Goldquaste ragte. Der solcherart entdeckte, bestickte Samtbehang mit dem Kaiserwappen stammt aus dem Jahr 1883 und schmückte die Kaiserloge im Abgeordnetenhaus, die Franz Joseph I. jedoch nie benützte.

FASZINATION FLUGHAFEN BESUCHERWELT

Die **Besucherwelt** am **Flughafen Wien** bietet spannende Einblicke in das rege Treiben am Airport. Erleben Sie das Flughafengeschehen bei einer **Tour** am Vorfeld, lernen Sie den Flughafen im **Erlebnisraum** mittels multimedialer Installationen kennen und genießen Sie faszinierende Ausblicke auf der **Besucherterrasse**.

Die Flughafen Wien Besucherwelt: **Erlebnisraum | Tour | Terrasse**

Anmeldung und Tickets unter: www.viennaairport.com/besucherwelt
oder **01-7007-22150**

Jetzt
Tickets online
buchen!

DAS GUTE LIEGT SO NAH.

viennaairport.com/besucherwelt

VIE Vienna
International
Airport

Im Fokus: Das Jubiläumsjahr 2018

Was uns die Geschichte lehrt? Dass unsere Demokratie, unsere Freiheit und unsere christlich-soziale Kultur wertvolle Errungenschaften sind, die es zu schützen gilt.

Vor nunmehr 100 Jahren, genauer gesagt am 12. November 1918, schlug die Geburtsstunde der Ersten Republik. Damit erreicht das Gedenk- und Jubiläumsjahr 2018 seinen Höhepunkt und mit ihm die Frage: Können wir aus der Geschichte lernen? „Wer seine Wurzeln nicht kennt, kennt keinen Halt“, lautet ein bekanntes Zitat des österreichischen Schriftstellers Stefan Zweig. Oder mit anderen Worten: Wer nicht weiß, woher er kommt, kann nicht wissen, wohin er geht. Natürlich bereichert das Wissen um unsere Vergangenheit das Bewusstsein um unsere Identität. Aber ob uns dieses Wissen dazu bringt, aus unseren Fehlern zu lernen? Ja und nein, kann man doch diese Frage nicht einmal für sein persönliches Leben mit einem eindeutigen Ja beantworten. Aus diesem Grund verläuft Geschichte nicht linear, gehören Sternstunden ebenso dazu wie Krisen und Rückschläge. Zweifellos zu den Sternstunden zählt die anfangs erwähnte Ausrufung der Ersten Republik. Dennoch trug die Geburt unseres Staates eine der dunkelsten Epochen der Menschheitsgeschichte bereits in sich. Oder um mit den Worten des Architekten unserer Verfassung, Dr. Hans Kelsen, zu sprechen, der sagte: „Demokratie ist diejenige Staatsform, die sich am wenigsten gegen ihre Gegner wehrt. Es scheint ihr tragisches Schicksal zu sein, dass sie auch ihren ärgsten Feind an ihrer eigenen Brust nähren muss.“ Bis heute haben diese Sätze nichts an Eindringlichkeit und Aktualität eingebüßt: Hinsichtlich des Anschlusses Österreichs an Hitler-Deutschland vor nunmehr 80



Foto: Parlamentsdirektion / Peter Korrak

Jahren kommt ihnen eine besondere Bedeutung zu. Sie sollten uns bewusst machen, wie wertvoll dieses Gut ist, dessen wir heuer gedenken. Unsere Republik, unsere Demokratie, unsere christlich-soziale Kultur des Miteinanders sind keine Selbstverständlichkeit. Wir sollten es vielmehr als selbstverständlich betrachten, sie wertzuschätzen und zu schützen.



Foto: GÖD

„Wir wissen, dass eine deutliche Kaufkraftsteigerung in allen Bereichen positive Effekte auf Wachstum, Beschäftigung und Stabilität hat.“

GÖD-Vorsitzender Dr. Norbert Schnedl zu den laufenden Gehaltsverhandlungen

schaften wie etwa die Sozialpartnerschaft, DAS Erfolgsrezept der Zweiten Republik. Dass sie nicht nur den sozialen Frieden im Land sicherstellt, sondern darüber hinaus überaus positive wirtschaftliche Auswirkungen hat, ist mittlerweile hinlänglich bewiesen. Die Politik ist also gut beraten, an dieser Tradition festzuhalten – ausbauen, nicht abbauen muss die Devise sein. Die Aufforderung von Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler BM Heinz-Christian Strache zu guten Gehaltsabschlüssen im Rahmen der sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen sind in diesem Zusammenhang daher sehr zu begrüßen. Die hervorragende Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes und die gute wirtschaftliche Situation sind überwiegend Ergebnis der Einsatzbereitschaft aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir wissen, dass eine deutliche Kaufkraftsteigerung in allen Bereichen positive Effekte auf Wachstum, Beschäftigung und Stabilität hat. Bei den Gehaltsverhandlungen für 2019 werden wir uns deshalb – gestärkt durch einen historischen Mitgliederhöchststand – mit aller Kraft für eine nachhaltige Erhöhung der Gehälter, Monatsentgelte und Zulagen einsetzen, um die Kaufkraft für alle Kolleginnen und Kollegen dauerhaft zu stärken!

Eine ernstzunehmende Gefahr

Im Sinne ihres Präventionsauftrages widmet die AUVA ihren Präventionsschwerpunkt 2018 bis 2020 der Information und der Bewusstseinsbildung rund um krebserzeugende Arbeitsstoffe.

Der AUVA-Präventionsschwerpunkt mit dem Titel „Gib Acht, Krebsgefahr!“ ist Teil der Österreichischen ArbeitnehmerInnenenschutzstrategie 2013–2020 (ÖAS), die unter anderem ein koordiniertes Vorgehen der relevanten nationalen Akteure gewährleisten soll. Eine Grundvoraussetzung für den sicheren Umgang mit krebserzeugenden Stoffen und Produkten stellt dabei das Erkennen ihrer gefährlichen Eigenschaften dar. Denn schließlich sind Krebserkrankungen für die meisten tödlichen Berufserkrankungen in der EU verantwortlich. So sterben in Österreich jedes Jahr etwa 20.000 Menschen an Krebs – orientiert man sich an internationalen Schätzungen, wird ungefähr ein Zehntel dieser Todesfälle durch die Arbeit bzw. den Beruf hervorgerufen.¹ Neben dem großen menschlichen Leid entstehen dadurch auch sehr hohe Kosten für die Gesellschaft und die Wirtschaft. Schätzungen zufolge werden in Europa mindestens 2,4 Milliarden Euro pro Jahr aufgrund arbeitsbedingter Krebs-Erkrankungen ausgeben.²

Krebs durch Arbeit ist vermeidbar!

Der AUVA-Präventionsschwerpunkt schließt an die Kampagne „Gesunde Arbeitsplätze – Gefährliche Substanzen erkennen und handhaben“ der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) an, in deren Rahmen auch ein europäischer Wettbewerb stattfindet. Teilnehmen können Unternehmen mit guten praktischen Lösungen, die



Krebserzeugender Arbeitsstoffe kommen in vielen Bereichen vor, so etwa im Gesundheitsbereich oder in der Holzverarbeitung.

aktiv mit den von gefährlichen Arbeitsstoffen ausgehenden Gefährdungen umgehen. Gesucht sind Beispiele für ganzheitliche Ansätze und echte Verbesserungen für Sicherheit- und Gesundheitsschutz im Umgang mit gefährlichen Arbeitsstoffen. Details unter: www.healthyworkplaces.eu.

Viele Branchen betroffen

Vom Vorkommen krebserzeugender Arbeitsstoffe sind viele Branchen betroffen, so etwa Kfz-Werkstätten (z. B. Benzol, Dieselmotoremissionen), Gesundheitseinrichtungen (z. B. Ethylenoxid, Formaldehyd, Zytostatika), Arbeiten mit handgeführten benzinbetriebenen 2-Takt-Maschinen (Benzol, z. B. Motorsägen, Motorsensen), die Kunststoffverarbeitung (z. B. Formaldehyd oder Pyrolyseprodukte) oder das Bau- und Baunebengewerbe (z. B. As-

best, Benzol, künstliche Mineralfasern, Quarzstaub), um nur einige wenige zu nennen.

Angebote der AUVA

Die AUVA bietet Betrieben im Rahmen des Präventionsschwerpunktes eine eigene Website unter www.auva.at/krebsgefahr. Außerdem gibt es Informationsveranstaltungen, vergünstigte Konditionen für Schulungen rund um das Thema, diverse Merkblätter und Broschüren mit branchenspezifischen Informationen, Beratungen durch AUVA-Expertinnen und Experten sowie nützliche Tools zur Evaluierung. Kurze Erklärungsfilme zum Thema findet man darüber hinaus auf www.auva.at/youtube.



¹ vgl. <https://roadmaponcarnogens.eu/about/the-facts>
² Quelle: Jongeneel et al., 2016

ÖAAB präsentiert: Die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten für die AK-Wahl 2019 – Teil 1



Foto: Waidlbinger

Oberösterreich geht mit einer Frau in die Wahl

Der OÖAAB und die oberösterreichische FCG haben sich darauf geeinigt, mit der nächsten Wahl einen Generationswechsel an der Spitze der Arbeiterkammerfraktion zu vollziehen.

Der Landesvorstand beider Arbeitnehmerorganisationen hat jeweils beschlossen, dass die Betriebsratsvorsitzende Cornelia Pöttinger aus Kirchdorf an der Krems die Kandidatenliste anführen soll. Die 40-jährige Betriebsratsvorsitzende der OÖ Hilfswerk GmbH ist in beiden Organisationen fest verankert und kann bereits auf umfangreiche Erfahrung in Politik und vor allem in der Gewerkschaftsbewegung zurückgreifen.



Foto: ÖAAB Salzburg

Salzburg nominiert Hans Grünwald

Hans Grünwald ist der Spitzenkandidat der Liste „ÖAAB&FCG – die schwarzen ArbeitnehmerInnen“ in Salzburg. Der Zentralbetriebsratsvorsitzende der Salzburg AG und derzeitige Fraktionsobmann der

ÖAAB&FCG Fraktion will in den Bereichen Wohnen, Sicherheit, Kinderbetreuung, Verkehr und Pflege zukunftsorientierte und nachhaltige Lösungen schaffen. Der 51-Jährige ist seit März 2018 Fraktionsobmann der ÖAAB&FCG Fraktion und somit auch Vorstandsmitglied in der AK.



Foto: FCG Wien

Wien schickt erfahrenen Politstrategen ins Rennen

Die zuständigen Gremien von ÖAAB-FCG Wien haben den Spitzenkandidaten für die AK-Wahl 2019 einstimmig festgelegt: Mit Fritz Pörtl, 56, wird ein erfahrener Politstrategie ins Rennen geschickt. Fritz Pörtl ist der amtierende

Vorsitzende der ÖAAB-FCG Fraktion in der AK-Wien, Bundesgeschäftsführer der Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in der Gewerkschaft „vida“ und Obmann-Stellvertreter in der AUVA.



Foto: privat

Johannes Mezgolits tritt im Burgenland an

Johannes Mezgolits, Bürgermeister aus Donnerskirchen und Landesgeschäftsführer des ÖAAB Burgenland, ist der Spitzenkandidat der „ÖVP-ArbeitnehmerInnen“ für die AK-Wahl im Burgenland. Erste politische Erfahrungen konnte der 39-Jährige bereits am Anfang seiner

beruflichen Laufbahn vor ca. 21 Jahren als Maschinenbau-Absolvent im Magna Engineering Center sammeln. Als Werkzeugmacher und Belegschaftsvertreter durfte er sich für die Arbeiterschaft einsetzen, und schuf so das Fundament für seine heutige politische Tätigkeit.





Damit Sie alles im Griff haben!

Erstellen Sie mit uns jetzt Ihr persönliches Risikoprofil.

- > Basis für umfassende Vorsorge und Absicherung für Sie und Ihre Familie
- > Fragen Sie uns: Tel. 059 808 | www.oebv.com

Kostenfrei & unverbindlich

ÖAAB unterwegs



Foto: ÖAAB

Traditionelles Hoffest von ÖAAB und ÖÖ Bauernbund

Zum Start in die politische Herbstarbeit luden der ÖAAB und der oberösterreichische Bauernbund zum traditionellen Hoffest in den schönen Innenhof des gemeinsamen Bürostandortes in der Linzer Harrachstraße ein. Mehr als 200 Funktionärinnen und Funktionäre, Freunde und Unterstützer der beiden Teilorganisationen folgten der Einladung von ÖAAB-Bundes- und Landesobmann August Wöginger und Bauernbund-Landesobmann Max Hiegelsberger. Kulinarisch verwöhnt wurden die Gäste mit Leberkäs-Spezialitäten vom Leberkas-Pepi. Im Bild (v.l.n.r.): ÖAAB-Bezirksobfrau in Linz-Stadt LABg. Elisabeth Manhal, BB-LABg. Michaela Langer-Weninger, ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger, Bauernbund-Direktorin Maria Sauer und AK-Vizepräsident Helmut Feilmair.



Foto: ÖAAB Salzburg

ÖAAB-FCG-Sommerfest in Salzburg

Gemeinsam haben ÖAAB und FCG als „Die schwarzen ArbeitnehmerInnen“ in Salzburg zum Sommerausklang nach Werfen eingeladen. Mit dabei ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger, Landesobmann Karl Zallinger und Staatssekretärin Karoline Edtstadler, die bei herrlichem Spätsommerwetter die vielen Gespräche, die wunderschöne Umgebung, aber auch Speis und Trank genossen. Im Bild (v.l.n.r.): AK-Spitzenkandidat Hans Grünwald, FCG-Landesvorsitzende Susanne Dittrich-Allerstorfer, ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger, Landesobmann Karl Zallinger, StS Karoline Edtstadler.



Foto: Dominik Reiter

Burgenland zu Gast in Wien

Anfang Oktober besuchten Mitglieder der ÖVP Leithaprodersdorf ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits in Wien, um die Wirkstätte des Abgeordneten zu besichtigen. Nach einem ausführlichen Rundgang durch das Ausweichquartier des Parlaments, der Hofburg, stand ein Besuch des Bundeskanzleramts am Programm, wo die Gäste auch zufällig Bundeskanzler Sebastian Kurz begegneten. Danach ging es zu ÖVP Wien-Chef und Kanzleramtsminister Gernot Blümel in das Wiener Rathaus. Im Bild: Kanzleramtsminister Gernot Blümel und ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits mit den Mitgliedern der ÖVP Leithaprodersdorf.



Foto: Wolfgang Kostenwein

Schiff ahoi!

Bei strahlendem Herbstwetter besuchte ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer gemeinsam mit ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits das Burgenland. Nach einer Bootsfahrt auf dem Neusiedler See stand ein Besuch der Winzerfamilie Schindler in Mörbisch am See am Programm, bevor die Sitzung des Bezirksparteivorstandes der ÖVP Mörbisch stattfand. Im Bild (v.l.n.r.): 1. Reihe: ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer, Bgm. Markus Binder und ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits; 2. Reihe: OPO Johannes Bauer, Michael Hamedl, Landesparteiobmann Thomas Steiner, WB-Dir. Ulf Schneller, WB-Bezirksobmann Johann Lackner.

FREIHEIT | BUCHTIPP

Bettina Rausch und Karl Nehammer

Offen für Neues.**Woher wir kommen. Wer wir sind. Wohin wir gehen.**

„Sebastian Kurz hat es geschafft, das Beste aus der Volkspartei herauszuholen – die Motivation, wieder an uns selbst zu glauben, das Selbstbewusstsein, wieder sein zu wollen, was wir sein können, die Kraft, das zu sein, was wir sein wollen, den Mut, zugleich fest in unseren Wurzeln und offen für Neues zu sein.“, zeigt sich die Präsidentin der Politischen Akademie, Bettina Rausch, überzeugt. Für Karl Nehammer, Generalsekretär der Volkspartei, war die Zeit reif für eine

neue politische Kraft. Er beschreibt die Weiterentwicklung der Partei zur Bewegung und wie eine neue Politik der Mitte für das 21. Jahrhundert aussehen kann. Im vorliegenden Sammelband wird erstmals die Geschichte der neuen Volkspartei dargestellt und analysiert. Wegbegleiter aus der Bewegung, Wissenschaftler und Journalisten zeigen, wo und wie die Volkspartei verändert wurde und welche inhaltlichen Schwerpunkte die aktuelle Regierung verfolgt.



Das Buch ist im Verlag noir erschienen, im Buchshop der politischen Akademie unter <http://www.polak-shop.at/catalog/index.php> und im Buchhandel erhältlich. 1. Auflage, 276 Seiten, broschiert, 11,80 Euro, ISBN: 978-3-9504382-2-2.

Mitmachen & gewinnen: Offen für Neues

Schreiben Sie uns, warum Sie dieses Buch interessiert, und gewinnen Sie eines von sechs Exemplaren! Entweder per Post an: Redaktion freiheit, Wiener Pressverein, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien oder per E-Mail an: office@wienerpressverein.com.

Waldviertler Romantik *pur*



geräumige Schlosszimmer • Zentralheizung • Dusche | WC • Sat-TV | Radio • authentisches Interieur
romantischer Schlosspark • Schlostaverne • Kinderspielplatz • Parkplatz

wetterunabhängige Freizeitmöglichkeiten



www.schloss-drosendorf.at • schloss-drosendorf@drosendorf.at • T 02915/2321-0

ERSTE  SPARKASSE 

#glaubandich

[erstebank.at](https://www.erstebank.at)
[sparkasse.at](https://www.sparkasse.at)